

# Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk  
Postfachkonto: Dresden Sabyn & Comp., Nr. 1268  
Verkaufsstelle: Geb. Amthof, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Schriftleitung: Weimervogel 10, Fernsprecher Nr. 2521, Dresden  
Verkaufsstelle: Weimervogel 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 12707  
Kunstdruckerei: Weimervogel 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 12707

Nr. 271

Dresden, Montag den 22. November 1926

37. Jahrg.

## Politische Subventionswirtschaft

Durch das unermüdete Drängen der Sozialdemokratie wird nun endlich eine Reform der Subventionswirtschaft des Reiches gegenüber privaten Unternehmungen erfolgen. Jahrelang sind einzelnen Einrichtungen oder ganzen Wirtschaftszweigen öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt worden, ohne daß das Parlament immer die Genehmigung dazu gab, oder ohne daß eine ausreichende Sicherung für eine zweckmäßige Verwendung dieser Gelder erfolgt wäre. Selbstverständlich sind diese Subventionen immer nur besonders bevorzugten Kreisen zugute gekommen. Jetzt endlich soll diese Subventionswirtschaft eingeschränkt und der Kontrolle des Parlaments unterworfen werden.

Die von dem Sozialdemokratischen Pressedienst ausgochlicht gezogene Subvention der Deutschen Allgemeinen Zeitung aber zeigt, daß es auch noch andere Stellen der unterirdischen Unterführung privater Unternehmungen mit öffentlichen Geldern gibt. Der behauptete Tatbestand ist jetzt zugegeben, nämlich die Tatsache, daß die Deutsche Allgemeine Zeitung viele Monate hindurch 70000 Mark Unterstützung aus der Reichskasse erhielt. Nach Mitteilungen des Berliner Tageblattes stammten diese Gelder zu einem Drittel aus dem Fonds der Reichskasse, zu zwei Dritteln aus dem Fonds des Auswärtigen Amtes. Die Vereinbarung über diese Zahlung soll zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem Reichssekretär der Reichskasse, Dr. Kempner, gemacht worden sein. Sie geht also in die Zeit der Luther-Feiern zurück.

Über den Antriffen, die diese Subvention eines öffentlichen dauernd bekämpfenden Organes in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, scheint sich der verantwortliche Außenminister Dr. Stresemann auf den Standpunkt zu stellen, er schäufte für diese Maßnahme dem Parlament keine Rechenschaft; der Betrag sei einem Dispositionsfonds zugeflossen, über den das Auswärtige Amt selbst verfüge, und dessen Rückkontrolle nicht statthaft sei. Die Behauptung, dieser Standpunkt sei formal-juristisch richtig, würde die Sache selbst politisch nur noch bedeutungsloser machen. Die Bewilligung von Dispositionsfonds erfolgt stets in der Voraussetzung, daß ihre Verwendung einwandfrei ist und sich deckt mit den Ansichten des Parlaments bei der Bewilligung dieser Gelder. Daß im Herbst ein Mensch daran gedacht haben sollte, der Reichskasse Mittel zu geben, damit sie ein einzelnes Zeitungsbetrieb mit einer Million jährlich subventioniere, wird von Dr. Stresemann nicht behauptet werden. Infolgedessen wird die Sozialdemokratie sich durch einen formal-juristischen Aufwand, daß der Reichstag nicht zuständig sei, nicht von der Bewilligung der Sache abhalten lassen. Sie wird aber außerdem sich die Frage vorlegen müssen, ob sie die Bewilligung von Dispositionsfonds, deren mißbräuchliche Verwendung nicht ausgeschlossen ist, verantwortlich machen. So gesehen, ist der Fall der Deutschen Allgemeinen Zeitung ein allgemeines Problem und keine unbedeutende Sonderangelegenheit. Denn nicht nur im Reichsaussenministerium, sondern auch in anderen Reichsstellen ist die hohe Bureaukratie geneigt, ihre Machtstellung auch gegen den Willen des Parlaments auszunutzen. Gewisse Einrichtungen in der Reichswehr sind gar nicht anders zu erklären als durch mißbräuchliche Verwendung von Geldern, die im Etat für andere Zwecke vorgesehen sind. Aber nicht nur bei der Republik werden mißbraucht, sondern auch ihre Einrichtungen. In das Kapitel des Mißbrauchs der Machtvollkommenheit durch die Bürokratie fällt auch die Ausgabe der Reichsdruckerei-Mark und der Erlaß der Flaggensatzverordnung. Heberall ist dabei das Gleiche zu beobachten: Die Republik wird von innen heraus bekämpft, indem entweder ihre Gelder den Republikgegnern ausgeliefert oder ihre Einrichtungen zu monarchischer Herrschaft benutzt werden.

Es im Treiben muß endlich einmal ein Stiegel vorgebracht werden. Der Fall der Deutschen Allgemeinen Zeitung ist ein Wendepunkt, der nicht ohne entschiedene Antwort und Klärung bleiben darf. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, die Antwort zu erteilen und alle Machtmittel, die durch die Verwirklichung des Parlamentes gegeben sind, zu benutzen. Die Sozialdemokratie dabei allein bleiben wird? Hier ist ein gemeinsames Interesse derjenigen Parteien vor, die sich für die Unternehmung und die demokratische Partei die Verantwortung übernehmen, um zu zeigen, daß ihnen die Wahrheit über die Verhältnisse der Republik ebenso am Herzen liegt wie der Sozialdemokratie.

Die Verpflichtung der Reichskasse ist dem Reichskassier Max erst später zu Ehren gekommen. Infolgedessen sind die Zahlungen der Reichskasse nur unter Vorbehalt erfolgt, und der Reichskassier hat gegen die eingegangene Verpflichtung Protest eingelegt. Infolgedessen sollte die Sache im Kabinett zur Sprache kommen. Nur die Verankerung Dr. Stresemanns hat die ständige Audienz verhindert. Inzwischen ist es Dr. Stresemann gelungen, anderweitig Gelder flüssig zu machen, die für die Deutsche Allgemeine Zeitung Verwendung finden, und zwar, wie es scheint, aus industriellen Kreisen. Besonders der Abgeordnete Böger soll für die Bereitstellung dieser Mittel Sorge getragen haben. Man kann annehmen, daß die Zuschüsse der Reichskasse aus diesem Fonds zurückgezahlt sind. Ob das auch mit den Zuschüssen des Auswärtigen Amtes geschehen ist, steht noch dahin. Die so erfolgte Zurückzahlung ändert natürlich an der Tatsache der unbefugten Verwendung von Reichsgeldern nichts, enthält vielmehr das Eingeständnis, daß man sich des Charakters dieser heimlichen Anordnungen wohl bewußt war. Hebrigens steht mit der Bildung dieses Fonds auch die Subvention der Tages-

lichen Rundschau in Höhe von einer Million Mark in Verbindung, die ebenfalls durch Jakob Goldschmidt als Mittler erfolgt ist.

Nach dem Demokratischen Zeitungsdienst stammen die vom Auswärtigen Amt gegebenen Summen aus dem Kapitel 3, Titel 85 des Haushalts des Auswärtigen Amtes. Dieser Dispositionsfonds von 8 Millionen Mark unterliegt nicht der Prüfung des Rechnungshofes. Eine schöne Wirtschaft!

### Das amtliche Eingeständnis

Die Pressestelle der Reichsregierung erläßt folgende amtliche Erklärung: „Die im Berliner Tageblatt ausgeführten Einzelheiten über finanzielle Beziehungen zwischen amtlichen Reichsstellen und der Deutschen Allgemeinen Zeitung geben den Sachverhalt nicht richtig wieder. Die Reichsregierung wird den hierfür zuständigen Stellen jede gewünschte Auskunft erteilen.“

Es fällt auf, daß diese überaus vorkühn gehaltene Erklärung weder die Tatsache der Subventionierung an sich, noch die Behauptungen des Berliner Tageblattes im allgemeinen bestreitet. Sie beschränkt sich lediglich auf die Feststellung, daß die Einzelheiten den Sachverhalt nicht richtig wiedergeben. Diese Erklärung ist das amtliche Eingeständnis, daß die Subventionierung durch Reichsstellen tatsächlich erfolgt ist.

## Sozialistische Bierländer-Konferenz

SPD. Luxemburg, 21. November. (Fig. Jun.) Die Bierländer-Konferenz, zu der am Sonntag die Vertreter der sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands, Deutschlands und Belgiens zusammengetreten sind, hat sich die Aufgabe gestellt, der Politik der internationalen Verständigung und Verständigung, die seit den Hoffnungsversprechenden Anträgen von Thoirn erneut ins Stadium gerufen ist, neue Impulse zu geben. Sie will die Richtlinien festlegen, die der Zusammenarbeit der Arbeiterparteien auf dem Gebiete der Friedenssicherung als Grundlage und Gemeinschaftsprogramm dienen und es ihnen ermöglichen sollen, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um die beteiligten Regierungen auf dem seit Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eingeschlagenen Weg vorwärtszutreiben.

Die deutsche Delegation setzt sich zusammen aus den Genossen Wels, Hermann Müller, Hilferding, Preußner, Robert Schmidt, Sellmann, Crispian, Silvio Schifff und Schaefer. Frankreich hat Leon Blum, Renaudel, Aurioi, Faure, Prade und Paul Boncour entsandt, England ist durch Roberts und Gillies, Belgien durch de Broedere, van Nooel und Care vertreten. Für das Exekutivkomitee der Internationale ist Friedrich Adler und Dr. Volzard erschienen.

Die erste Vollversammlung wurde um 10 Uhr vormittags eröffnet. Auf Vorschlag der deutschen Delegation wurde de Broedere zum Vorsitzenden gewählt, der in seiner Begrüßungsansprache die von Deutschland ausgegangene Anregung zur Einberufung der Konferenz als der notwendigen Fortsetzung des in den Jahren 1922 und 1923 in Frankfurt und Berlin begonnenen Werkes, die Sozialistische Internationale auf ein gemeinsames Friedensprogramm zu einigen, begrüßte.

Wels, Deutschland, weist darauf hin, daß heute die kapitalistischen Parteien und die bürgerlichen Regierungen die Früchte einer Politik ernten, für die der Sozialismus jahrelang gekämpft habe und deswegen auf schärfste bekämpft worden sei. Er gibt dann einen kurzen Überblick über die Entwicklung seit der Berliner Besprechung und stellt mit Genugtuung fest, daß ein großer Teil

der damals aufgestellten Forderungen inzwischen seine Verwirklichung erfahren habe. In Thoirn sei behauerlicherweise die Frage der Sicherheit und der damit zusammenhängenden Räumung des Rheinlandes auf ein Gebiet gezogen worden, auf dem notwendigerweise neue Schwierigkeiten entstehen mußten. Während die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale die Frage der Räumung als einen Teil des Sicherheitsproblems betrachteten, habe man in Thoirn

ein Bindeglied daraus zu machen versucht.

Der Umkehrung, der sich seitdem in der inneren Konstellation der einzelnen Länder, wie auch in der internationalen Situation vollzogen habe, habe die deutsche Partei veranlaßt, an die Parteiparteien mit der Frage heranzutreten, ob es nicht zweckmäßig sei, der Politik des Sozialismus erneut mit einer gemeinsamen Kundgebung Ausdruck zu geben. Als Diskussionsbasis schlägt die deutsche Delegation eine von ihr ausgearbeitete Resolution vor, die im Sinne der Berliner und der Frankfurter Beschlüsse sowie im Rahmen der von der Internationale in Hamburg und Warschau gefassten Resolution die Richtlinien für die Fortführung der Politik der internationalen Sicherung in prägnanter Form zusammenfaßt.

Die Aussprache darüber, an der sich vor allem die französischen und die belgischen Genossen beteiligten, ergibt prinzipielle Einigkeit über die darin niedergelegten Forderungen, nur gegen die redaktionelle Fassung einzelner Abschnitte werden von französischer Seite Bedenken erhoben, denen die Konferenz durch Einsetzung eines Interkommitees Rechnung trägt, das einen neuen Text auszuarbeiten soll. Diese setzt sich wie folgt zusammen: Müller und Hilferding für Deutschland, Blum und Paul Boncour für Frankreich, de Broedere und Care für Belgien, Roberts und Gillies für England.

Nach eingehender Aussprache wurden die Genossen de Broedere und Blum mit dem Entwurf einer neuen Resolution betraut, über die das Unterkomitee in einer um 9 Uhr beginnenden Nachprüfung beschließen wird. Die nächste Plenarsitzung findet am Montag vormittag statt.

## Die tote Koalition

Der Krach im Hause Buck — Kommunistische Programmäufsterei

Am Freitag fand in Leipzig eine Sitzung des Landesvorstandes der SPD. und eines Teiles der kommunistischen Landtagsabgeordneten statt. In dieser Sitzung wurde eine längere Rundgebung beschlossen, die die sachlichen kommunistischen Plätter veröffentlichen. Diese Rundgebung enthält zunächst eine Art Programm, dessen Forderungen im großen und ganzen denen entsprechen, die vor einigen Tagen im Kämpfer aufgestellt worden waren. Es wird ferner gesagt, daß es bei der Erklärung der kommunistischen Partei zur Frage der sozialistischen Arbeiterregierung bleibe und daß die Kommunisten ihre Verhältnisse der Regierung gegenüber jeweils und in jeder Situation von den Handlungen der Regierung abhängig machen würden. Was zu den kommunistischen Forderungen zu sagen ist, ist bereits genügend deutlich bei uns gesagt worden. Mögen die Kommunisten so viel Programme zusammenzustellen wie sie wollen, für eine eventuelle sozialdemokratische Minderheitsregierung waren die kommunistischen Programme vollkommen gleichgültig, für sie würde nur das von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellte Programm gelten.

Der kommunistischen Arbeiterstimme gefält es sehr wenig, daß wir das kindische Spiel, das die Kommunisten mit ihren unerfüllbaren Forderungen treiben, gebührend gekennzeichnet haben. Wir hatten geschrieben, die Kommunisten sollten, wenn sie eine sozialdemokratische Regierung mit dem von uns aufgestellten Programm nicht unterstützen wollten, es eben bleiben lassen. Das gibt nun der Arbeiterstimme Anlaß, von einem demagogischen Wanderversprechen, das die Bahn zur großen Koalition freimachen und auf das die Kommunisten nicht hereinfallen würden. Die SPD. wisse, daß die SPD. Führer ihr eigenes Programm nicht durchführen und deswegen in nicht allzuferner Zeit vor

den Arbeitern als erkannte Betrüger stehen und von diesen mit Schimpf und Schande dahingezogen werden würden. Nun, wir werden ja sehen. Wir sind gewohnt, daß die Kommunisten unter allen Umständen auf die Sozialdemokratie schimpfen. Das alles läßt uns ganz kalt. Die Sozialdemokratie wird tun, was sie für notwendig hält.

Die Arbeiterstimme will dann durchaus die ganze SPD. für den Artikel Klumpels verantwortlich machen, weil die Partei gegen Klumpel nicht vorginge. Die Kommunisten wissen, daß in der Sozialdemokratischen Meinungslosigkeit herrscht und daß es niemand bei uns verboten ist für die große Koalition einzutreten, wir verlangen von unsern Mitglieðern nur, daß sie sich den Beschlüssen der Organisationen fügen.

Herr Riefisch wendet einen ganzen Leitartikel darauf, um sich mit unserm Arbeitsprogramm zu beschäftigen. Er belehrt uns darüber, daß das Wesen der Politik nur im Kompromiß bestände und nennt das sozialdemokratische Arbeitsprogramm eine brave theoretische Schillerleistung. „Gott, es wäre wunderbar, wenn Zahlen so aussehen könnten.“ Herr Riefisch will wohl damit nur die Tatsache verhehlen, daß seinen Worten das sozialdemokratische Arbeitsprogramm sehr unangenehm ist. Die Forderungen dieses Programms, soweit sie als Richtlinien für die Arbeit der sachlichen Regierung aufgestellt sind, sind durchführbar, wenn die vier Herren von der SPD. nicht auch weiterhin elenden Verrat an der Sache des Sozialismus betreiben. Riefisch macht sich z. B. darüber lustig, daß in unserm Programm die Forderung enthalten ist: Bekämpfung der Grund- und Boden Spekulation. Ebenfalls könnte man überlegen: Die Ausrottung jeder Gemeinnützlichkeit aus der Welt fordern. Wenn Herr Riefisch eine Abnung von den politischen Ver-

... über die Subventionierung der ...  
... des Berliner Tageblattes ...  
... dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann ...  
... Reichssekretär der Reichskasse, Dr. Kempner ...  
... die Wahrheit über die Verhältnisse der Republik ...